

Motion Fraktion FDP/JF (Bernhard Eicher/Barbara Freiburghaus; FDP): Sanierungsoffensive der Berner Liegenschaften: Schaffung von Anreizen durch die Stadt Bern

Aktuell wird auf verschiedensten Ebenen angestrebt, im Sinne der Nachhaltigkeit den Ausstoss von Treibhausgasen, insbesondere CO₂, zu reduzieren. Hierbei spielen die Liegenschaften, welche rund einen Viertel des CO₂-Ausstosses in der Schweiz verursachen, eine wesentliche Rolle. In Fachkreisen ist denn auch unbestritten, dass durch geeignete Sanierungsmassnahmen an Gebäuden ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses geleistet werden kann (und z.T. auch schon geleistet wurde)¹.

Aus Sicht der Fraktion FDP/JF lohnt es sich deshalb, auch in der Stadt Bern die Sanierung von Liegenschaften im Sinne der Nachhaltigkeit zu forcieren. Dies betrifft erstens die städtischen Liegenschaften. Zweitens sollen aber auch private Liegenschaftsbesitzer dazu motiviert werden, im Sinne der Nachhaltigkeit und der Einsparung von CO₂ ihre Gebäude zu sanieren resp. eine Sanierung vorzuziehen. Hierzu braucht es aber geeignete Anreize. Aus Sicht der Fraktion FDP/JF ist es deshalb an der Zeit, das in den Jahren 2009/2010 erfolgreich durchgeführte Gebäudesanierungsprogramm der Stadt Bern neu aufzulegen. Allerdings mit einigen Modifikationen: Im Gegensatz zu den Jahren 2009/2010 haben heute z.T. auch Branchenverbände ein Interesse, sich an einem solchen Programm zumindest betreffend Kommunikation/Bekanntmachung des Angebots zu beteiligen. Weiter sollte nach Möglichkeit sichergestellt werden, dass die Sanierungsmassnahmen primär durch das lokale Gewerbe ausgeführt werden kann. Schliesslich haben diverse Finanzinstitute spezielle «Nachhaltigkeitsangebote», welche Vorzugskonditionen bei Hypotheken im Falle von entsprechenden Sanierungsvorhaben vorsehen. Deshalb soll das neue Programm in Zusammenarbeit mit den interessierten Branchenverbänden, dem lokalen Gewerbe sowie evtl. auch in Kooperation mit geeigneten Finanzinstituten erfolgen. Weiter gilt es sicherzustellen, dass die geschaffenen Anreize in Ergänzung zu den Angeboten von Bund, dem Kanton Bern und Energie Wasser Bern (z.B. Beratungsangebote) sind sowie primär «kleinere» Liegenschaftsbesitzer anspricht.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, dem Stadtrat einen Kredit für ein Förderprogramm vorzulegen. Das Programm soll nachfolgende Eckwerte umfassen:

1. Das Programm unterstützt Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bei der Sanierung ihrer Liegenschaft, sofern die Sanierung nachweislich zu einem nennenswert geringeren Ausstoss an CO₂ beiträgt.
2. Das Programm wird nach Möglichkeit zusammen mit privaten Akteuren lanciert. Dies umfasst insbesondere die Branchenorganisationen (z.B. Swiss Cleantech und Hauseigentümerverband), das lokale Gewerbe sowie allenfalls auch Kreditinstitute (welche bereits vergünstigte Hypotheken für Sanierungen i.S. der Nachhaltigkeit vergeben).
3. Das Programm kann Investitionsbeiträge, Bürgschaften/Garantien, vergünstigte Darlehen und technische Unterstützung (Vermittlung von Know-how) umfassen.
4. Das Programm wird subsidiär, d.h. in Ergänzung zu Angeboten von Bund und Kanton Bern ausgestaltet.

Bern, 11. Juni 2020

Erstunterzeichnende: Bernhard Eicher, Barbara Freiburghaus

¹ Vgl. z.B. wüestpartner (2020). Nachhaltigkeit von Sanierungen: Wer sind die Gewinner der CO₂-Ziele? Präsentation, gehalten anlässlich des «Bern Immobilienmarktes» vom 28. Januar 2020.

Mitunterzeichnende: Tom Berger, Oliver Berger, Claudine Esseiva, Thomas Hofstetter, Ruth Altmann, Dolores Dana, Vivianne Esseiva, Ursula Stöckli

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat unterstützt die Forderung der Fraktion FDP/JF, nachhaltige Gebäudesanierungen in der Stadt Bern weiter voranzutreiben. Um die Sanierungsrate zu erhöhen und Immobilienbesitzerinnen und -besitzer bei der Entscheidungsfindung zu begleiten sind bereits verschiedene Programme in Umsetzung und neue Ansätze werden getestet. Diese Massnahmen zeigen Wirkung und sind aufeinander abgestimmt. Der Gemeinderat steht der Einführung eines weiteren monetären Förderprogramms aus verschiedenen Gründen kritisch gegenüber.

Ausgangslage

Die Stadt Bern verfügt mit der Energie- und Klimastrategie 2025 über ein Instrument um die Klimaziele der Stadt Bern zu steuern. Die Zielerreichung wird alle zwei Jahre überprüft und im Controllingbericht zur Energie- und Klimastrategie 2025 publiziert². Die Daten für 2019 liegen nun vor und zeigen auf, dass die Stadt Bern auf Kurs ist. Der vorgegebene Absenkpfad wird knapp eingehalten, wie in der Abbildung 1 ersichtlich wird. Mehr als die Hälfte der territorialen CO₂-Emissionen ist dabei auf die Wärmeversorgung zurückzuführen.

Bei genauerer Betrachtung der Kategorie «Wärme» (Abbildung 2) wird ersichtlich, dass der Energieverbrauch für die Wärmeversorgung gegenüber 2008 um 26 % zurückgegangen ist. Diese Tendenz ist sehr erfreulich und belegt, dass durch gezielte Sanierungsmassnahmen bereits viel erreicht wurde. Auch der Anteil an erneuerbaren Energien bei der Wärmeproduktion nimmt langsam zu. Auf das gesamte Stadtgebiet sind es mittlerweile 23 %, die Liegenschaften der Stadtverwaltung werden zu 42 % mit erneuerbarer Wärme versorgt. Im Moment werden aber jährlich noch rund 1,2 Mio. MWh fossile Brennstoffe zur Wärmeerzeugung verbraucht, viel zu viel um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.

² Energie und Klimastrategie 2025, Controllingbericht 2019 – Teil 1: Zielvorgaben und –kontrollen; <https://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/energie/energie-und-klimastrategie/ftw-simplelayout-filelistingblock/teil1-zielvorgaben-kontrollen.pdf/download>

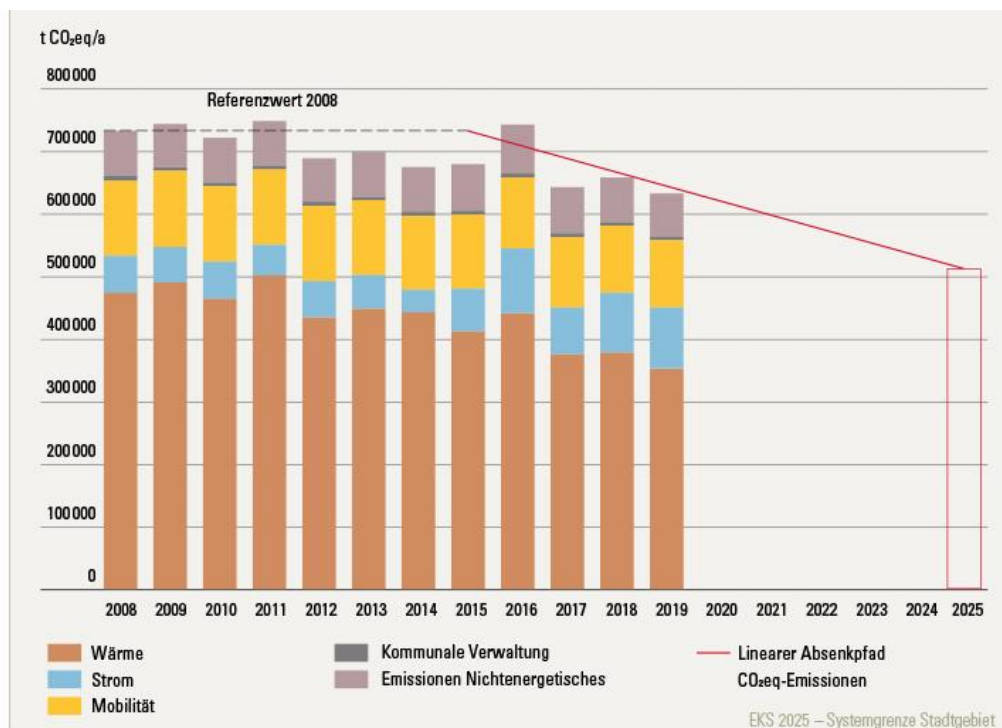
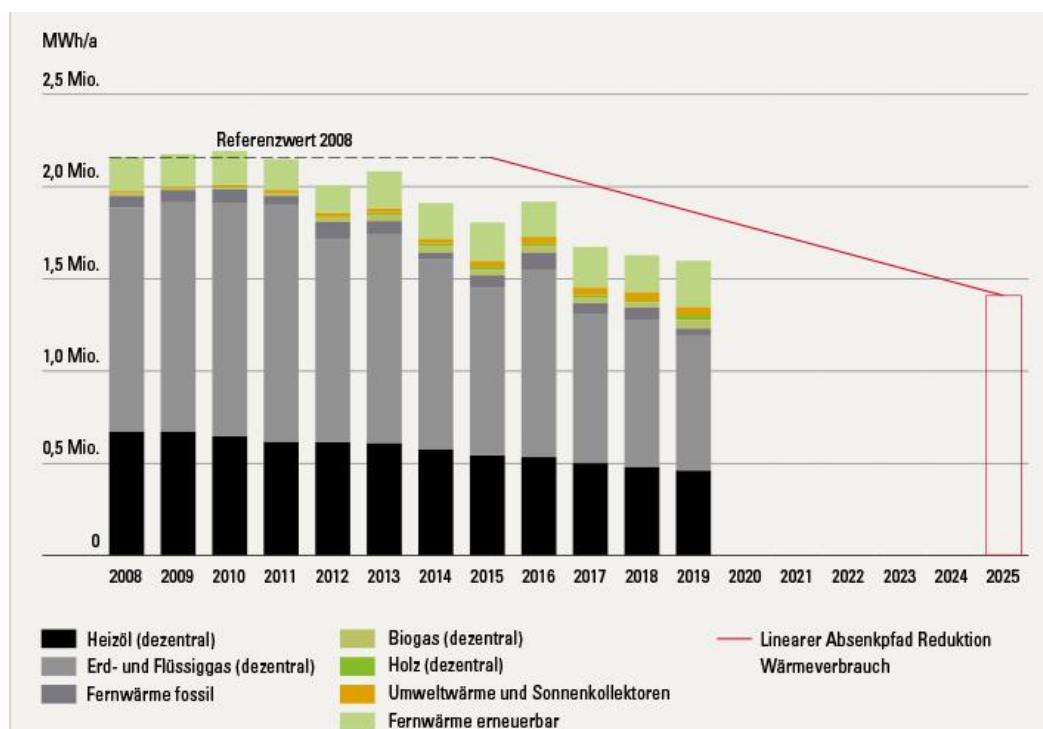
Abbildung 1: CO₂eq-Emissionen Stadtgebiet (klimakorrigiert)

Abbildung 2: Reduktion Wärmeverbrauch Stadtgebiet

Massnahmenpaket statt nicht abgestimmte Einzelprogramme

Um die Stadt Bern auf Zielkurs zu bringen, setzt der Gemeinderat zwei Handlungsschwerpunkte: 1.) die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der Wärmeversorgung und 2.) die weitere, konsequente Reduktion des Energieverbrauchs pro Fläche. Aufgrund der aktuellen finanziellen Lage der Stadt Bern müssen die Mittel gezielt dort eingesetzt werden, wo sie am meisten Wirkung entfalten. Aus diesem Grund haben der Gemeinderat und Energie Wasser Bern (ewb) beschlossen, den

Fernwärmeausbau im Westen voranzutreiben und so den Anteil erneuerbarer Energien in den nächsten Jahren massiv zu erhöhen.

Bereits bestehende und geplante Massnahmen

Begleitend zum Fernwärmeausbau werden verschiedene Massnahmen weitergeführt oder gestartet, um den Anteil energetischer Sanierungen weiter zu erhöhen:

- **Fonds zur Beschleunigung von Gebäudesanierungen:** Mit der Massnahme 8b aus dem erweiterten Handlungsplan Klima ist bereits ein Förderprogramm für Gebäudesanierungen, Arealnetze und Nahwärmeverbänden im Aufbau. Die Arbeiten verzögern sich wegen Unklarheiten beim Bund/BfE. Neue Gespräche mit swisscleantech, PostFinance und BEKB sind geplant, die Etablierung des Fonds ist für 2021 vorgesehen. Eine Studie der FH Luzern bezüglich rechtlicher Rahmenbedingungen des Programms Gebäudecluster ist in Bearbeitung.
- Das Programm **bern-saniert^{plus}** – die Weiterführung respektive Weiterentwicklung des in der Motion erwähnten Gebäudesanierungsprogramms von 2009 – bietet vergünstigte GEAKs an, informiert Liegenschaftsbesitzende über die energiepolitischen Ziele der Stadt und gibt Informationen zu bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten sowie geplanten Fernwärmenetzen. Das Angebot wird hauptsächlich von Besitzerinnen und Besitzern von Einfamilienhäusern nachgefragt.
- Die **Energieberatung Stadt Bern** kümmert sich um alle energierelevanten Anfragen der Berner Bevölkerung und ist über die vorhandenen Fördermöglichkeiten im Bild.
- **Infohubs Fernwärmeausbau und Sanierung:** Das Amt für Umweltschutz (AfU) plant die nächsten Infoveranstaltungen zum Fernwärmeausbau gemeinsam mit ewb. Interessierte sollen so nicht nur über den Anschluss, sondern auch über die Wichtigkeit energetischer Massnahmen informiert werden. An den Veranstaltungen wird über verfügbare Förderprogramme informiert.
- **Infohubs für Planerinnen und Architekten:** Sie sind die Multiplikatoren, wenn es um energetische Sanierungen geht. Das AfU organisiert Infoveranstaltungen, an denen es die Ziele der Stadt Bern vorstellt und aufzeigt, welche Massnahmen aus Sicht der Stadt Bern im Gebäudebereich nötig sind.
- Die **Sanierungsstrategie** von Immobilien Stadt Bern ist auf die Ziele der Energie- und Klimastrategie ausgerichtet und setzt sowohl auf energetische Sanierungen als auch auf den Ersatz von fossil betriebenen Heizungen.

Fazit

Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre, er ist aber der Auffassung, dass die Stadtverwaltung nicht die richtige Stelle für die Entwicklung neuer monetärer Förderpöfpe ist. Neben «das Gebäudeprogramm» von Bund und Kantonen gibt es noch eine Reihe weiterer Förderprogramme, die Immobilienbesitzende bei der energetischen Sanierung oder dem Ersatz von Heizungen unterstützen. Die Fördergelder sind vorhanden, da sie von unterschiedlichen Institutionen kommen, können sie im besten Fall sogar kumuliert werden, oft verschliessen sich aber nach der Eingabe die Türen anderer Programme. Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass die Bauherrschaften gezielt auf einzelne Programme, die ihr Sanierungsvorhaben am besten unterstützen, hingewiesen werden. Dafür sind die Beraterinnen und Berater der Energieberatung Stadt Bern sowie des Gebäudeprogramms bern-saniert^{plus} da. Sie begleiten, motivieren und helfen mit, gebäudespezifische Lösungen zu suchen. Aus Sicht des Gemeinderats ist der Aufbau eines weiteren Förderprogramms im Moment nicht zielführend. Die bestehenden, gut finanzierten Programme müssen besser bekannt gemacht und auch genutzt werden. Hier kann und soll sich die Stadtverwaltung auch einsetzen.

Mit dem Fonds zur Beschleunigung von Gebäudesanierungen ist bereits ein gemeinschaftliches Förderprogramm mit swisscleantech und Finanzinstituten im Aufbau. Die Arbeiten laufen. Der Gemeinderat ist zuversichtlich, dass dieses Pilotprojekt ein weiteres wichtiges Instrument wird, um die Gebäudesanierungsquote weiter zu erhöhen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Schaffung eines zusätzlichen Förderprogramms ist in der aktuellen Situation aus Sicht des Gemeinderats nicht vertretbar. Vielmehr müssen jetzt die bestehenden Massnahmen konsequent umgesetzt werden. Die Ausarbeitung eines neuen Gebäudeprogramms würde bedeuten, dass einerseits laufende Arbeiten zur Sensibilisierung und Information der Hauseigentümer, Planerinnen und Architektinnen wegen Personalmangel abgebrochen und andererseits zusätzliche Investitionsgelder gesprochen werden müssten.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 9. Dezember 2020

Der Gemeinderat